Standpunkte der Bürgerinitiative - „Ja“ zum Bürgerentscheid

Zweijähriger Planungsstopp für das Bauprojekt Wedel Nord

Wedel kann das Mega-Bauprojekt Wedel Nord planerisch und finanziell nicht stemmen. Es drohen neben massiver Flächenversiegelung eine weitere Überlastung der sozialen Infrastruktur sowie ein Verkehrskollaps auf den schon jetzt überlasteten Straßen.

Mehr als 2.200 Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift bereits gegen das Mega-Bauprojekt Wedel Nord ausgesprochen, bei dem auf 53 Hektar bislang landwirtschaftlich genutztem Gebiet Flächen versiegelt werden sollen, um 1.000 Wohneinheiten zu schaffen. **Nun ist es an der Zeit, das unkalkulierbare Abenteuer Wedel Nord durch einen Bürgerentscheid zu stoppen.**

Denn was den Investoren und einer begrenzten Anzahl von Neubürgern zugutekäme, würde für alle Wedelerinnen und Wedeler, die jetzt schon hier leben sowie für nachfolgende Generationen eine erhebliche verkehrs-, finanz- und umweltpolitische Mehrbelastung bedeuten.

<u>Begründung</u>

Es gibt bis heute **kein tragfähiges Verkehrskonzept**, das einen Kollaps der heute schon überlasteten Verkehrswege verhindern könnte.

Die Stadt ist hoch verschuldet und kann sich ein solches Megaprojekt schlicht nicht leisten. Mit den **zu erwartenden Folgekosten** würden auch kommende Generationen dauerhaft in unzumutbarer Weise belastet.

Ungebremstes Wachstum **vermindert die Lebensqualität** aller. Es gibt schon heute nicht genug Kita- und Schulplätze, man wartet monatelang auf einen Arzttermin, das Freizeit- und Sportangebot ist völlig unzureichend – so musste der SC Rist bereits einen Aufnahmestopp verkünden. All das würde sich durch Wedel Nord noch verstärken.

Der **ökologische Schaden durch die Versiegelung** einer derart großen Fläche, die bislang für Landwirtschaft und Naherholung genutzt werden konnte, steht in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen.

Der gesamte Vortrag des Rates zu den angeblichen Vorteilen von Wedel Nord beruht auf **wolkigen Versprechungen der Investoren**, deren Umsetzung in den Sternen steht und teilweise von der Realisierung des zweiten Bauabschnittes abhängt, der ja angeblich aktuell gar nicht geplant wird. Ohne den zweiten Bauabschnitt wird es in Wedel Nord keine Schule geben. Den zusätzlichen Bedarf an Schulplätzen durch den ersten Abschnitt müssten die vorhandenen, jetzt schon überlasteten Schulen auffangen.

Ausführliche Begründung

Stichwort Wohnraum

- Zweifellos braucht die Stadt Wedel weitere Wohnungen. Eine spürbare Entlastung des angespannten Wohnungsmarkts im Hamburger Speckgürtel wäre durch Wedel Nord aber nicht zu erwarten. Dafür ist dieses Projekt zu klein und bietet nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Auch bisherige Bauprojekte konnten am weiteren Anstieg der Mietpreise nichts ändern.
- Wenn 2016 ein Bedarf von 2.600 Wohnungen bis 2030 festgestellt wurde, muss man dazu wissen, dass über die Hälfte dieser Wohnungen bereits gebaut wurde oder wird – und zwar zumeist im Rahmen innerstädtischer Projekte und Verdichtung.
- Es ist geplant, dass überwiegend hochpreisige Eigenheime und Eigentumswohnungen entstehen, die vor allem für Besserverdienende aus Hamburg interessant sind. Den in Wedel Wohnungssuchenden mit mittlerem oder geringerem Einkommen wird das nicht helfen.
- Familien mit mehreren Kindern fallen hier seit Jahren immer wieder durchs Raster und müssen teilweise sogar die Stadt verlassen. Die allermeisten von ihnen werden auch in Wedel Nord keine Heimat finden, unter anderem, da die geplanten Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau im Schnitt nur 70 qm groß sein sollen.
- Laut Rahmenplan werden nicht einmal 20 Prozent der Nettowohnfläche beider Bauabschnitte öffentlich gefördert. Dass Investoren und Politik zuletzt immer nur von einem Bauabschnitt gesprochen haben, stellt eine durchschaubare Salamitaktik dar. Die Mehrheit im Wedeler Rat hat jedenfalls noch nicht davon Abstand genommen, das Bauprojekt wider alle Vernunft in vollem Umfang durchführen zu wollen.

Stichwort Verkehr

- Seit vielen Jahren ringen die Stadtplaner erfolglos um eine tragfähige Anbindung des durch Wedel Nord zu erwartenden Mehrverkehrs – es geht um über 3.000 zusätzliche Fahrzeugbewegungen am Tag. Eine „Nordumfahrung“ scheiterte ebenso wie alle anderen entlastenden Verkehrskonzepte. Fraglich ist, wo neue Trassen eigentlich verlaufen sollten.
- Für die ohnehin stark belasteten Verkehrswege wie B431 mit Rissener Straße und Mühlenstraße sowie auch für Autal, Breiter Weg, Pinneberger Straße, Gärtnerstraße, Steinberg und viele weitere Straßen wäre ein solcher Zuwachs eine Katastrophe und würde unweigerlich zu noch mehr Staus und Chaos führen, was mit zusätzlichen Umweltbelastungen und Gefahren verbunden wäre.
- Alle bisher vorgestellten Konzepte von Politik und Investoren sind kaum mehr als Placebo-Maßnahmen oder reines Wunschdenken: Car-Sharing, Velo-Routen, zusätzliche ÖPNV-Linien oder die illusorische Vorstellung, dass künftige Mieter und Eigentümer freiwillig auf ein Auto verzichten werden, mögen auf dem Papier gut aussehen. Ob, wann und wie sie tatsächlich umgesetzt werden und überhaupt zur Entlastung beitragen, ist aber völlig ungewiss.

- Bis zur Absage der Nordumfahrung gab es in der Politik Einigkeit: Wedel Nord nur mit Nordumfahrung! Jetzt soll einfach trotzdem gebaut werden.

Stichwort Finanzen

- Wedel lebt schon seit vielen Jahren weit über seine Verhältnisse und häuft jährlich immer mehr Schulden an. Wedel Nord ist ein finanzpolitisches Abenteuer, das sich die Stadt einfach nicht leisten kann.
- An den Beispielen Hafen und Businesspark kann man sehen, wie das viel zu lange praktizierte Prinzip des planlosen „Augen zu und durch“ zum millionenteuren Debakel werden kann. Nun will die Politik diese Fehler wiederholen – nur in ungleich größeren Dimensionen.
- Laut Folgekostenkonzept wären in Wedel Nord überschlägig etwa neun Millionen Euro an Infrastrukturabgaben zu erzielen. Dafür bekommt man bei weitem kein Schulzentrum und keine zwei Kindergärten. Die vielen Millionen, die Wedel zuschießen müsste, kann die Stadt aber nicht aufbringen.
- Für die laufenden Folge- und Unterhaltungskosten von Schulen, Kitas etc. muss die Stadt ohnehin allein aufkommen.

Stichwort Umwelt

- Gerade durch die vielen versiegelungsintensiven Eigenheime im ersten und zweiten Bauabschnitt würde dieser dringend benötigte Freiraum zum Radfahren und Spazierengehen beschnitten. Lebensraum für Tiere und Pflanzen ginge verloren. Unversiegelter Boden spendet Feuchtigkeit und Kühle, nimmt Wasser auf und verdunstet es.
- In einer Zeit, in der Klima- und Flächenschutz die Schwerpunkte der Politik sein sollten, sollen 53 Hektar Felder und grüne Wiesen für Neubauten geopfert werden. Ausgleichsflächen für diesen dramatischen Einschnitt sind bisher nicht in Sicht. Die explodierenden Baupreise werden zusätzlich dazu beitragen, dass die Investoren jedes noch so kleine Stück bebaubares Land vermarkten, um ihre Gewinne zu sichern.
- Statt weiterhin auf ungebremstes Wachstum zu setzen, sollten alle Anstrengungen unternommen werden, die Klimaziele unserer Stadt zu erreichen. Die Umgestaltung und die Weiterentwicklung bestehender Wohnquartiere muss Vorrang vor hochriskanten Großbauprojekten wie Wedel Nord haben. Wie das geht, zeigen die gelungenen Nachverdichtungen der letzten Jahre.

Stichwort soziale Infrastruktur

- Schulen, Kindergärten sowie die soziale Infrastruktur wie beispielsweise Sportmöglichkeiten sind in Wedel bereits jetzt massiv überlastet. Das kann man unter anderem an den zahlreichen Schulcontainern erkennen. Durch einen starken Bevölkerungszuwachs in kurzer Zeit würde sich diese Situation nochmals verschärfen.

- Viele andere Bereiche der Grundversorgung und des öffentlichen Lebens sind am Limit. Wer einen Arzttermin braucht, muss oft viele Monate warten. Die Feuerwehr ist auch ohne einen neuen Stadtteil bereits am Rande ihrer Belastbarkeit und meidet schon jetzt teilweise die B431. Nur zwei Beispiele für viele Probleme, mit denen die Bevölkerung weitgehend allein gelassen wird.
- Ein Seniorencampus am Stadtrand in weiter Entfernung zur städtischen Infrastruktur macht ebenso wenig Sinn wie eine Schule allein auf weiter Flur am Westrand des zweiten Bauabschnittes.
- Es reicht nicht, Infrastruktur zu errichten – dort müssen auch Menschen arbeiten. Wo sie denn alle herkommen sollen, die ganzen neuen Erzieherinnen, Ärzte, Feuerwehrleute, Lehrer etc., konnte uns bisher niemand beantworten.
- Die Schulentwicklung in Wedel hängt nicht von Wedel Nord ab. Die Investoren müssen nur für den Bedarf aufkommen, den Wedel Nord selbst verursacht – nicht für aktuellen Bedarf.

Was braucht Wedel stattdessen?

- Wedel benötigt ein Wachstumskonzept, das berücksichtigt, wie viel Wachstum sich die Stadt leisten kann, ohne diejenigen, die bereits hier leben, unabsehbaren Belastungen auszusetzen.
- Wedel sollte sich primär um die Fertigstellung bereits angeschobener Maßnahmen sowie um den Erhalt und den Ausbau der städtischen Infrastruktur kümmern, bevor immer wieder neue Großprojekte angegangen werden.
- Nachverdichtung wäre der bessere Weg, als neue Stadtteile zu schaffen, die erst aufwändig und teuer erschlossen werden müssen. Gerade im Innenstadtbereich werden dringend geförderte Wohnungen gebraucht. Es gilt, mehr in die Höhe als in die Breite zu bauen. Das sehen auch das SH-Innenministerium und der Grundeigentümerverband so.
- Es geht nicht darum, Wedel Nord für immer zu verhindern. Es geht darum, dass es erst später – nach erfolgter Ertüchtigung Wedels – und nicht so gebaut wird, wie es jetzt geplant ist.

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sollen durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid zu einem Neustart gezwungen werden. Wir wollen erreichen, dass künftige Bauplanungen endlich Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Sicherheit der Wedelerinnen und Wedeler nehmen, die jetzt in unserer Stadt leben.